

Wolfgang Franzen¹

Tschechien vor dem EU-Beitritt - Empirische Ergebnisse zu Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung

Zusammenfassung

Tschechien zählt rund zehn Jahre nach Beginn der Systemtransformation zur ersten Runde der EU-Beitrittskandidaten. Obwohl die Beitrittsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, sieht die Europäische Kommission die Tschechische Republik auf dem richtigen Weg. Dabei können die Politiker auf eine Unterstützung ihrer Bevölkerung setzen.

Im Vergleich zu 1998 fällt die Beurteilung wesentlicher Indikatoren, die die Auswirkungen des Beitritts auf die wirtschaftliche Lage Tschechiens messen, deutlich besser aus. Die Tschechen vertrauen vor allem auf die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie und erwarten infolge der EU-Mitgliedschaft eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes; negative Konsequenzen werden lediglich von einer Minderheit befürchtet.

Abstract

About ten years after the transition process started the Czech Republic belongs to the first group of applicant countries for the EU enlargement. Though the negotiations have not been closed yet, the European Commission certifies the Czech Republic to be on the right track. Moreover politicians can rely on the support of the Czech people.

Compared to 1998 essential indicators which measure the consequences of the integration on the economical situation of the Czech Republic receive a quite better measurement. Above all the Czech people trust in the competitiveness of its industry and expect a relief of the job market as a result of the EU membership; only a minority fears negative consequences.

Der aktuelle Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte der Beitrittskandidaten sieht Tschechien auf dem richtigen Weg. Mit 24 (von insgesamt 31) vorläufig geschlossenen Kapiteln in den Verhandlungen mit der EU nimmt Tschechien hinsichtlich der Beitrittsbemühungen im Dezember 2001 eine Spitzenposition unter den Kandidatenländern ein und liegt mittlerweile sogar vor den benachbarten Visegrádstaaten Ungarn (23) und Polen (19).

Der Fortschrittsbericht weist darauf hin, dass vor allem im Bereich der Reform der öffentlichen Verwaltung und des Justizsystems Fortschritte zu verzeichnen sind, die gesteckten Ziele aber noch nicht erreicht wurden. Dabei gelten gerade die Verwaltungs- und Justizreform als wichtige Voraussetzungen für eine verbesserte Regierungsführung. Als unzureichend wird auch der Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität bewertet; dabei dürften spürbare Erfolge in diesem Bereich dem öffentlichen Interesse gerecht werden und der Wirtschaft zu mehr Transparenz verhelfen, so das Urteil der Kommission. Obwohl Menschenrechte und Grundfreiheiten in Tschechien prinzipiell geachtet werden, geben die Über-

¹ Wolfgang FRANZEN, Project Manager, Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, foreskoeln@t-online.de

füllung von Gefängnissen und der Menschenschmuggel mit Frauen und Kindern Anlass zur Sorge.² Sowohl der sozialdemokratischen Minderheitsregierung (CSSD) als auch der per Oppositionsvertrag assoziierten ODS, aber auch dem neugegründeten Vier-Parteien-Bündnis (bestehend aus oppositionellen Mitte-Rechts-Parteien) bescheinigt die Kommission eine EU-freundliche Haltung. Hervorgehoben werden auch die regelmäßigen Gespräche zwischen Regierung, ODS und dem Vier-Parteien-Bündnis über Beitrittsstand und -fortschritte.³

Gleichwohl lassen sich seitens der Parteien trotz der generellen Befürwortung des Beitritts dennoch Unterschiede ausmachen. Während die Sozialdemokraten sich eindeutig zur EU bekennen, scheint die ODS mit dem als Euroskeptiker bekannten früheren Ministerpräsidenten Klaus ein zwiespältiges Verhältnis zur Europäischen Union zu haben: mit dem Abtreten von Kompetenzen, etwa an das Europäische Parlament oder an den Europäischen Gerichtshof, tut man sich offenbar sehr schwer. Im Sommer des nächsten Jahres finden in Tschechien Parlamentswahlen statt, in denen auch über die parteipolitischen Unterschiede in der Europa-Frage abgestimmt wird. Jüngste Umfragen berichten von schwindender Beitrittsunterstützung und einem Anstieg der Euroskeptiker in der Bevölkerung - als Ursache werden die vom Westen geforderte Übergangsfrist für Arbeitsmigranten oder die Befürchtung, man werde lediglich eine EU-Mitgliedschaft zweiter Klasse erhalten, ins Feld geführt.⁴ Sicherlich lassen sich Einstellungen wie die zum EU-Beitritt durch tagespolitische Ereignisse beeinflussen, doch hat sich die Meinung der Tschechen zur Europäischen Union auch langfristig verschlechtert?

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)*, das seit 1997 von der Kölner *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik* jährlich durchgeführt wird⁵, kommt zu anderen Ergebnissen. Im Zeitvergleich ist die Unterstützung der Beitrittsverhandlungen in Tschechien wieder angestiegen.

² Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: *Regelmässiger Bericht 2001 über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt*. Brüssel, 13.11.2001, S. 17.

³ Vgl. ebd., S. 18.

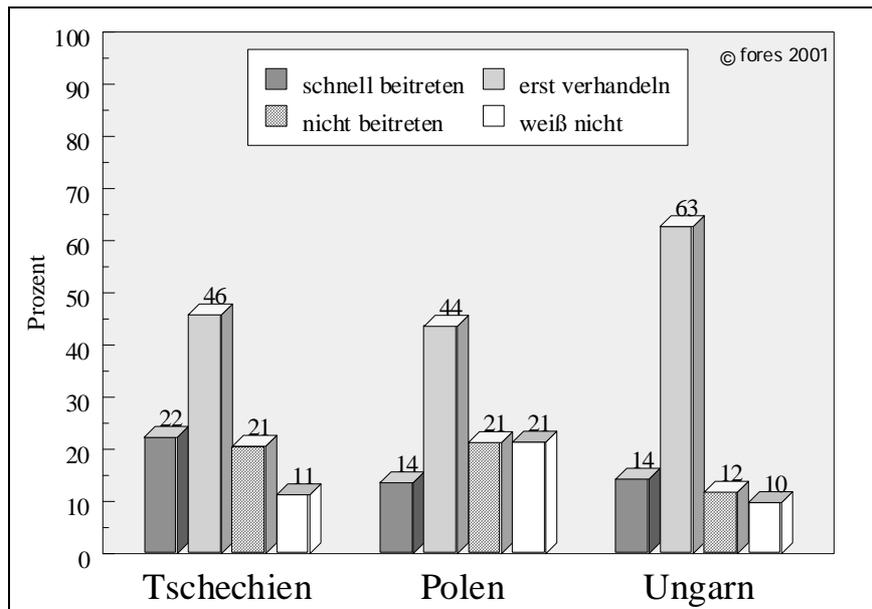
⁴ Nach Studien des Prager Umfrageinstitutes CVVM soll die Unterstützung des EU-Beitritts im Oktober von 59 auf 54% und im November auf 44% gesunken sein; vgl. *Handelsblatt* vom 10.10. und *Süddeutsche Zeitung* vom 1./2.12.2001; bereits im Sommer wurden gar lediglich 40% Akzeptanz berichtet, jedoch ohne konkrete Nennung der Quelle; vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 16.8.2001.

⁵ Vgl. Wolfgang FRANZEN, Hans Peter HAARLAND, Hans-Joachim NIESSEN: *Transformationsbarometer Osteuropa 2001*, Frankfurt/New York 2001; die Befragungen werden regelmäßig im März des jeweiligen Jahres durchgeführt. Für weitere Informationen zum TBO vgl. www.uni-koeln.de/extern/fores/. An dieser Stelle sei der *Otto Wolff-Stiftung* und der *Margarete und Johann Ley-Stiftung*, die das TBO fördern, für die Bereitstellung der Daten gedankt; Dank gilt ebenso den Mitarbeitern der Forschungsstelle, insbesondere Silke FENGLER für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

1. Bewertung des Beitritts zur Europäischen Union

Mehr als zwei Drittel der tschechischen Bevölkerung sprechen sich im Jahr 2001 für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union aus; gut jeder Fünfte ist der Meinung, Tschechien solle so schnell wie möglich beitreten, und weitere 46% glauben, man müsse vor einem Beitritt zunächst alle Probleme lösen (vgl. Abb. 1). Ein Fünftel der Tschechen lehnt die EU-Mitgliedschaft ab, und jeder Neunte hat sich in dieser Frage noch nicht entschieden.

Abb. 1: Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft



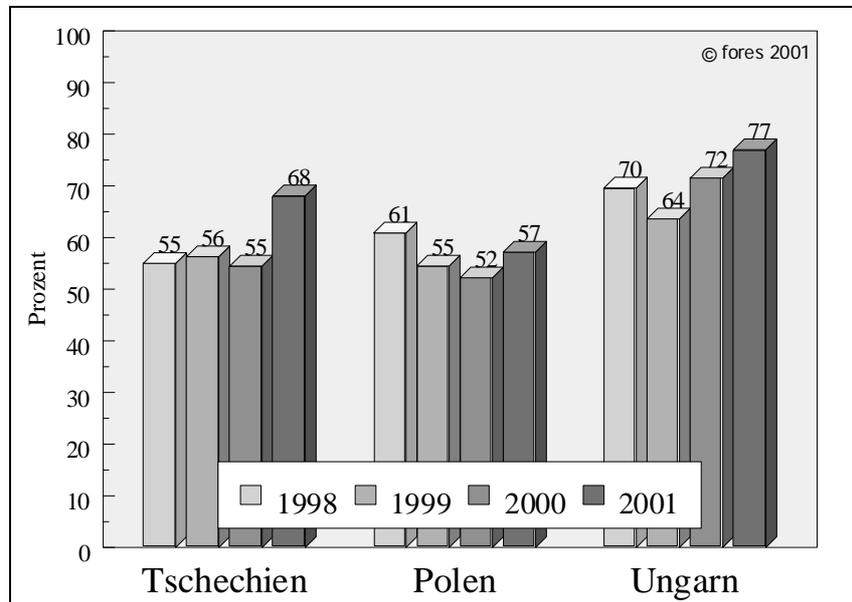
Bestätigt werden die Ergebnisse durch das neue *Applicant Countries Eurobarometer (ACEB)*, das erstmals im Oktober 2001 durch die EU-Kommission durchgeführt wurde: bei einer Volksabstimmung würden sich in Tschechien 64% für und 21% gegen die EU-Mitgliedschaft entscheiden; 15% sind unentschlossen.⁶

Der Ländervergleich zeigt, dass in Tschechien deutlich mehr Befragte als in Polen oder Ungarn den Wunsch nach einem möglichst raschen Beitritt äußern. Angesichts der Schwierigkeiten in den Verhandlungen, z.B. zwischen Polen und der EU - Stichwort: Landwirtschaft -, ist dies auch nicht verwunderlich. Dass die langwierigen Auseinandersetzungen über heikle Themen wie Direktzahlungen an Landwirte, Übergangsfristen für Arbeitsmigranten oder den Landerwerb durch Ausländer auch die eigene Bevölkerung verunsichern, spiegelt sich in dem Anteil an Unentschlossenen („weiß nicht“) wider, der in Polen immerhin doppelt so hoch ist wie in den beiden übrigen Staaten.

⁶ Vgl. European Commission: *Applicant Countries Eurobarometer 2001. Results Summary*, Brussels 2001; Prozentuierung unter Ausschluss der Verweigerer.

Nicht nur in Tschechien, sondern auch in den beiden Nachbarstaaten ist der Anteil der Befürworter des Beitritts im Zeitvergleich wieder angestiegen⁷ (vgl. Abb. 2). Während der Anstieg in Polen und Ungarn mit jeweils 5% relativ moderat blieb, ist er in Tschechien mit 13% allerdings fast drei mal so hoch.

Abb. 2: Befürworter der EU-Mitgliedschaft (Zeitvergleich)



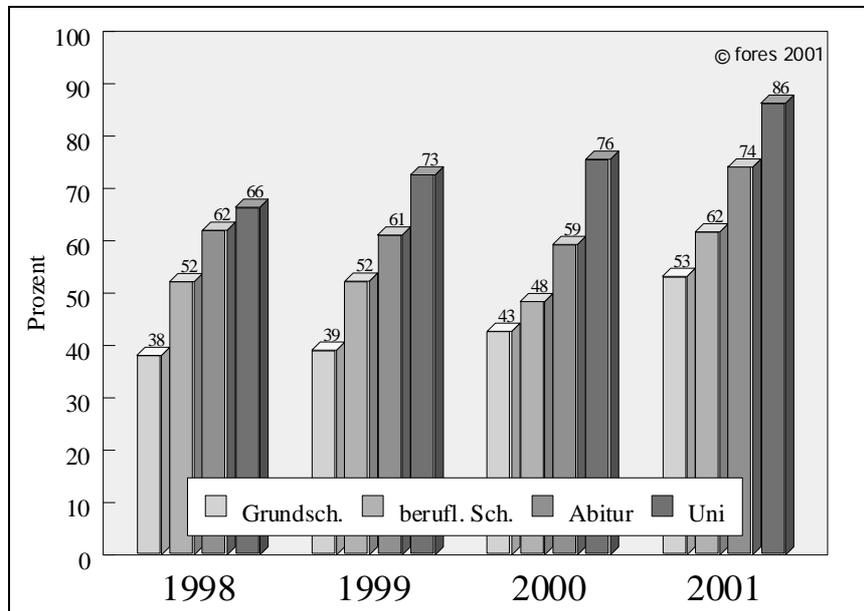
Die Zahl der Beitrittsgegner hat sich dabei nur wenig im Vergleich zu den Vorjahren geändert. Deutlich verringert hat sich jedoch der Anteil der Unentschiedenen: so wussten 1999 rund 26% der Befragten nicht, ob sie eine Mitgliedschaft in der EU eher befürworten oder ablehnen sollten; auch im Vorjahr machte dieser Anteil noch 24% aus, aber in diesem Jahr schrumpfte er auf 11%. In nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen ist dieser Trend bemerkbar, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Die Unterstützung der Beitrittsbemühungen steigt merklich mit dem Grad der formalen Bildung (vgl. Abb. 3). Während sich unter den Befragten mit Grundschulbildung lediglich 53% für die EU-Mitgliedschaft stark machen, steigt der Anteil mit zunehmendem Bildungsgrad stetig an und erreicht unter Akademikern 86%; die Hochschulabsolventen sprechen sich zudem überproportional für einen möglichst schnellen Beitritt aus. Nicht ganz so stark, aber dennoch deutlich erkennbar ist der Einfluss des Alters: während bis zum Alter von 44 Jahren noch knapp drei Viertel der Befragten (73%) die Mitgliedschaft befürworten, plädieren

⁷ Ein Anstieg lässt sich ebenfalls mittelfristig aus den Eurobarometerzahlen ablesen. Als Vorläufer des ACEB ermittelte das *Central and Eastern Eurobarometer (CEEB)* in Tschechien 1997 eine Unterstützung von 49% und 1996 von 43%; 1997 war gleichzeitig das letzte Erhebungsjahr des CEEB.

aus der Altersgruppe ab dem 60. Lebensjahr nur noch 58% für den Beitritt. Somit sind also vor allem die junge und mittlere Generation sowie diejenigen mit guter Ausbildung Träger der positiven Einstellung zur EU; diese sozialstrukturelle Differenzierung lässt sich im Wesentlichen seit 1998 erkennen.

Abb. 3: Befürwortung der EU-Mitgliedschaft nach Bildung

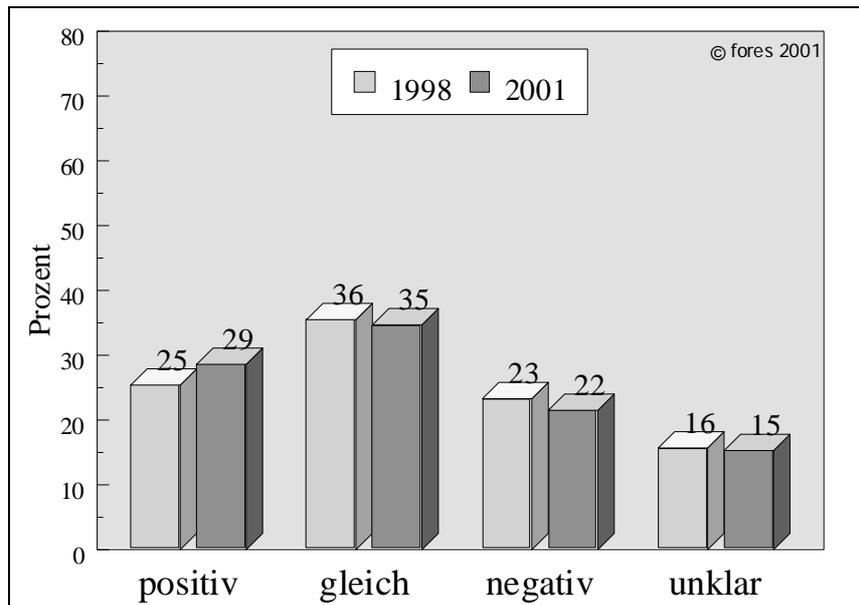


Nachdem sich die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft von 1998 bis 2000 in der tschechischen Bevölkerung um die 55%-Marke bewegte, wirft der deutliche Anstieg in diesem Jahr die Frage nach den Gründen für einen solchen Stimmungswandel auf. Anhand weiterer Indikatoren zu den Erwartungen, die die Tschechen an die Mitgliedschaft in der Europäischen Union richten, soll im Folgenden näher auf diese Frage eingegangen werden.

2. Erwartete Auswirkungen auf Wirtschafts- und private Haushaltslage

1998 und 2001 wurde die EU-Akzeptanzfrage im TBO durch zusätzliche Fragen ergänzt. Die Befragten sollten einschätzen, wie sich ihrer Ansicht nach eine EU-Mitgliedschaft auf den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand, den Arbeitsmarkt und weitere wirtschaftliche und politische Bereiche auswirken werde. Dabei zeigt sich, dass die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung weder 1998 noch in diesem Jahr nennenswerte Folgen für den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand erwartete (vgl. Abb. 4).

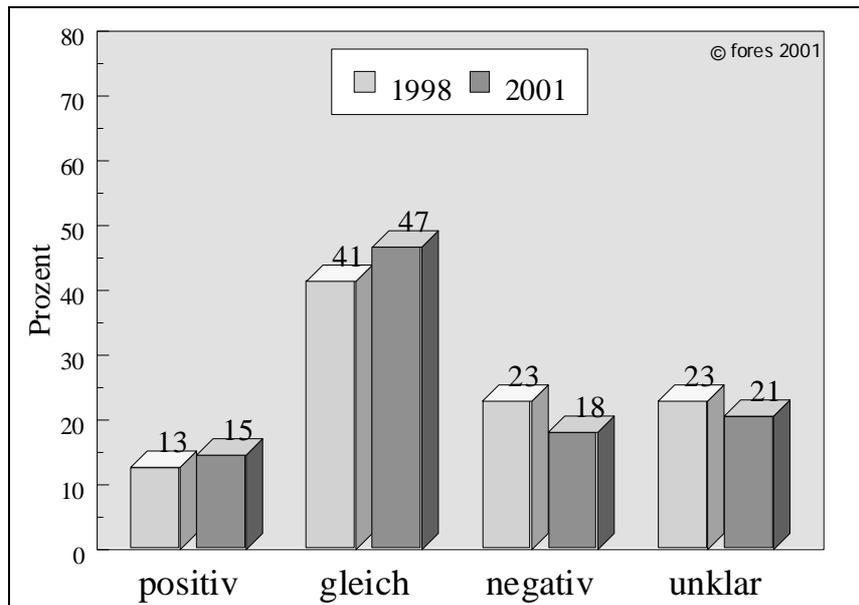
Abb. 4: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand



Die Bewertung der Auswirkungen fällt in diesem Jahr tendenziell etwas besser aus als vor drei Jahren, doch die Veränderungen sind geringfügig. Vor allem Befragte mit hohem Einkommen erwarten in überdurchschnittlichem Maße (41%) positive Effekte durch die Integration in die EU. Die ausgewogene Verteilung von Skepsis und Hoffnung zeigt, dass die tschechische Bevölkerung der bevorstehenden Westintegration des Landes offenbar sehr viel unaufgeregter entgegen sieht, als dies in den Nachbarländern der Fall ist. Man ist sich der Vorteile, die eine stärkere Einbindung in den westeuropäischen Wirtschaftsraum bietet, wohl bewusst; zugleich übt man sich in Zurückhaltung, was allzu realitätsferne Erwartungen betrifft. Zwischen 1997 und 2000 bewegte sich der Anteil derer, die eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage Tschechiens (im Vergleich zum Vorjahr) beklagten, etwa zwischen 60 und 70% der Bevölkerung. Jeder Zweite war im Jahr 2000 davon überzeugt, dass sich die Lage in der nahen Zukunft nicht nennenswert verbessern werde.⁸ Ein Gutteil der wirtschaftlichen Probleme des Landes sind hausgemacht und werden wohl noch einige Zeit andauern. Der Druck von Seiten der EU mag hilfreich sein, um verschleppte Reformprojekte auf den Weg zu bringen, die Lösung bleibt aber ein innenpolitisches Problem.

⁸ Vgl. Wolfgang FRANZEN, Hans Peter HAARLAND, Hans-Joachim NIESSEN: *Transformationsbarometer Osteuropa 2000*, Frankfurt/New York 2000, S. 84ff.

Abb. 5: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die eigene finanzielle Lage



Auch die eigene finanzielle Lage wird nur in geringem Maße mit der EU-Mitgliedschaft in Verbindung gebracht. Seit Jahren ist die Inflationsrate im Vergleich zu Polen oder Ungarn deutlich niedriger; 2000 war sie mit 3,9% nicht einmal halb so hoch wie in den beiden Nachbarstaaten. Der Reallohnanstieg fiel nach 6% im Jahr 1999 im vergangenen Jahr mit 2,6% wieder relativ moderat aus. Die Preisliberalisierung gewann nach zwischenzeitlicher Verlangsamung in 2000 wieder an Dynamik.⁹ Entsprechend nahm der seit 1997 rückläufige Anteil derjenigen, die einen stärkeren Preisanstieg befürchteten, im Jahr 2000 erstmals wieder zu und stieg von 18 auf 26%.¹⁰

Die gestiegenen Belastungen der privaten Haushalte für Mieten, Energie, Lebensmittel oder Sozialversicherungen führen die Tschechen aber ebenso wie die Entwicklung von Preisen und Löhnen eher auf nationale Einflussfaktoren zurück. Denn etwa jeder Zweite in der tschechischen Bevölkerung denkt, dass sich die private Haushaltslage nicht wesentlich durch einen Beitritt zur EU verändern werde (vgl. Abb. 5). Einen positiven Einfluss erhoffen nur 15% der Bevölkerung, in höherem Maße Bewohner der Hauptstadt (23%) und Einkommensstarke (22%). Die negativen Erwartungen sind im Zeitvergleich leicht zurückgegangen.

⁹ Vgl. FRANZEN/HAARLAND/NIESSEN 2001, S. 48.

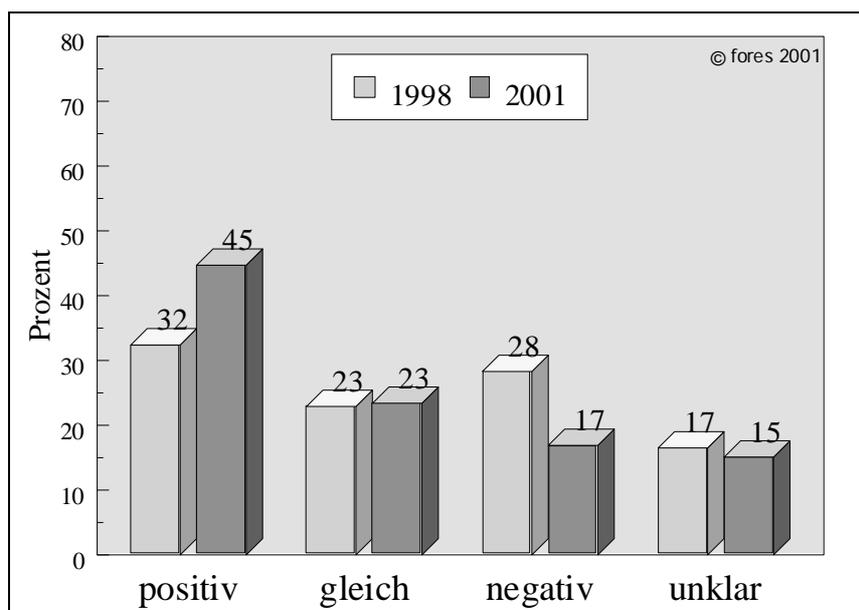
¹⁰ Vgl. FRANZEN/HAARLAND/NIESSEN 2000, S. 88f.

3. Erwartete Auswirkungen auf Exportchancen und Arbeitsmarkt

Hinsichtlich des allgemeinen wirtschaftlichen und des persönlichen Wohlstands rechnen die Tschechen also kaum mit nennenswerten Veränderungen durch die EU-Mitgliedschaft. Eine Erklärung für den Stimmungsaufschwung bieten hingegen die Erwartungen an die heimische Industrie und den Arbeitsmarkt.

1998 waren nahezu gleich viele Befragte der Meinung, eine EU-Mitgliedschaft könne die Absatzchancen der tschechischen Industrie verbessern (32%) bzw. verschlechtern (28%); fast jeder Vierte glaubte, die Absatzchancen würden sich weder in die eine noch in die andere Richtung verändern (vgl. Abb. 6). Indes wies die Exportentwicklung in den vergangenen Jahren eine deutlich positive Tendenz auf, von der besonders die tschechische Industrie profitierte; zwei Drittel der tschechischen Exporte gehen bereits jetzt in die EU. Der Export tschechischer Güter in die EU stieg zwischen 1999 und 2000 von 16,8 auf 21,4 Mrd. € die wichtigsten Posten nehmen Maschinen und elektrische Geräte ein (6,2 Mrd. €), Transportausrüstungen (4,3 Mrd. €) und unveredelte Metalle (2,6 Mrd. €).¹¹

Abb. 6: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Absatzmöglichkeiten der Industrie



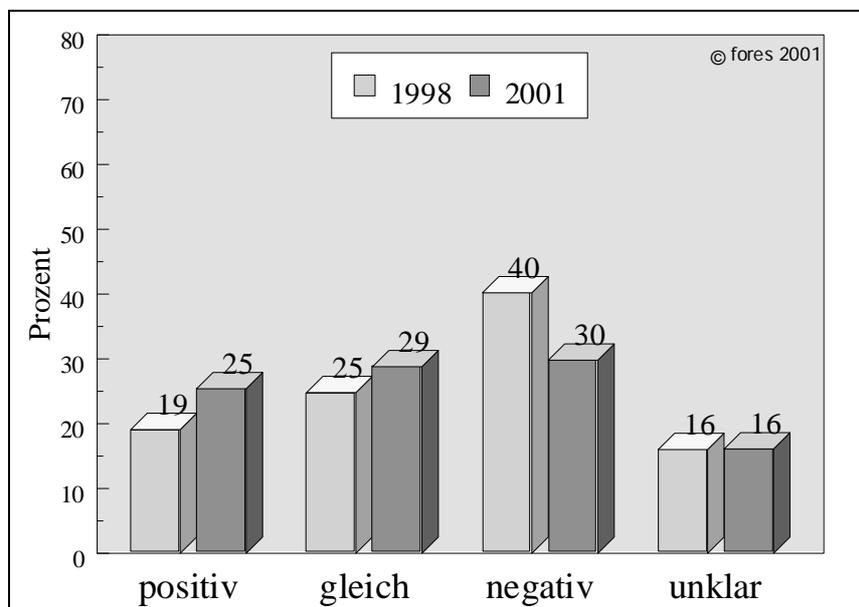
Immer noch denkt ein Viertel der Bevölkerung, die EU-Mitgliedschaft werde sich weder positiv noch negativ auf die Absatzmöglichkeiten der heimischen Industrie auswirken, doch rechnen mittlerweile 45% damit, dass tschechische Unternehmen ihre Marktanteile sogar noch ausbauen werden, wenn die derzeitigen Handels-schranken vollständig wegfallen. Fast jeder Zweite also verspricht sich in diesem

¹¹ Kommission 2001, S. 9.

Bereich heutzutage einen positiven Effekt durch den EU-Beitritt; unter den Hochschulabsolventen erreicht der Anteil sogar 57%.

Ob der heimische Agrarmarkt für den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt ähnlich gut gewappnet ist wie die Industrie, darüber gehen die Meinungen in der tschechischen Bevölkerung auseinander (vgl. Abb. 7). 1998 rechneten noch 40% mit einem Einbruch beim Export landwirtschaftlicher Produkte; jeder Vierte erwartete keine Veränderung, und nur 19% dachten, die Absatzchancen der tschechischen Landwirtschaft könnten sich im Zuge der EU-Mitgliedschaft verbessern. In diesem Jahr glaubt jeder Vierte an positive Einflüsse infolge des Beitritts, 29% erwarten keine Auswirkungen, und nur noch 30% befürchten Nachteile für die Wettbewerbschancen des volkswirtschaftlich eher unbedeutenden Agrarsektors. Insgesamt sind die Meinungen also gespalten, aber die Einschätzung hat sich im Zeitvergleich eindeutig gebessert.

Abb. 7: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Absatzmöglichkeiten der Landwirtschaft



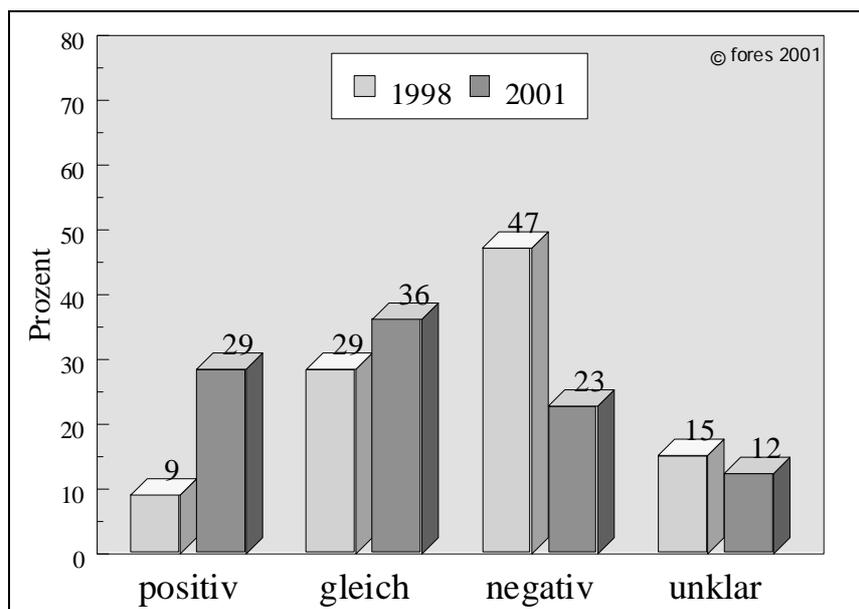
Bis zur Mitte der 90er Jahre bewegte sich die Arbeitslosenrate in der Tschechischen Republik auf vergleichsweise niedrigem Niveau und schwankte um die 3%-Marke, während sie z.B. in Ungarn bereits 1992 gut 13% erreichte.¹² Der tschechische Reformstau verzögerte auch den Arbeitskräfteabbau in der Industrie (als Folge der Restrukturierung von Großunternehmen), der erst zum Ende des Jahr-

¹² Vgl. Wolfgang FRANZEN: Zehn Jahre Transformationsprozess - Empirische Ergebnisse zur unterschiedlichen Entwicklung in Tschechien und Ungarn, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 45. Jg., Heft 2/2000, S. 130f.

zehnts spürbar wurde; der Privatisierungsprozess reduzierte zudem das Angebot an offenen Stellen. Entsprechend befürchteten zunehmende Teile der Bevölkerung einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen: 1994 rechneten 59% mit einer derartigen Entwicklung, 1999 sogar 87% der Tschechen; im Jahr 2000 war der Trend wieder leicht rückläufig (83%). Allerdings erwartet trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung in der Regel nicht einmal jeder Fünfte, er selbst könne seinen Arbeitsplatz einbüßen; diese Gelassenheit teilt die Bevölkerung in Tschechien mit den Nachbarn in Polen und Ungarn, während die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz in Russland und in der Ukraine deutlich höher ausfällt.¹³

1998 fürchtete fast jeder Zweite in Tschechien, die EU-Mitgliedschaft werde die Arbeitslosigkeit zusätzlich erhöhen; nur jeder Zehnte hoffte auf eine Belebung des Arbeitsmarktes. Mittlerweile werden die Konsequenzen des Beitritts für den Arbeitsmarkt erheblich besser eingeschätzt (vgl. Abb. 8). Die Mehrheit der Bevölkerung rechnet nicht mehr mit übermäßigen EU-Effekten. Immerhin 29% erwarten sogar positive Auswirkungen (in ländlichen Gebieten steigt der Anteil auf 44% und unter Akademikern auf 50%), und die Zahl derer, die negative Folgen befürchten, hat sich halbiert.

Abb. 8: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den Arbeitsmarkt



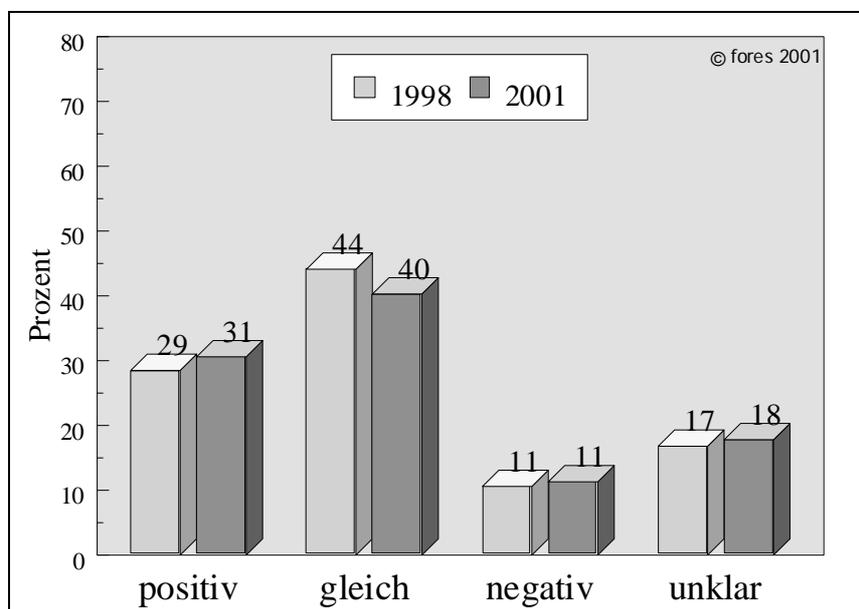
¹³ Vgl. FRANZEN/HAARLAND/NIESSEN 2000, S. 92f.

4. Erwartete Auswirkungen auf politische Stabilität und nationale Eigenständigkeit

Der EU-Fortschrittsbericht bescheinigt der tschechischen Minderheitsregierung einen „Kontext allgemeiner politischer Stabilität“¹⁴. Dieses Urteil wird offenbar auch von der Bevölkerung geteilt. Zwischen 1998 und 2001 hat sich an der Einstellung der Tschechen in dieser Frage nur wenig verändert (vgl. Abb. 9).

Die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung glaubt, dass die politische Stabilität im Lande von einer Mitgliedschaft in der EU unberührt bleibt. Allerdings ist der Anteil derer, die sich positive Einflüsse von der Integration versprechen, mit 31% fast drei mal so groß wie derjenige der Skeptiker. Unter den Akademikern rechnet sogar nahezu jeder Zweite (46%) mit positiven Impulsen durch die EU.

Abb. 9: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die politische Stabilität



Dabei darf die politische Stabilität keineswegs als Indikator für die allgemeine Zufriedenheit der tschechischen Bevölkerung mit den politischen Verhältnissen betrachtet werden, schon gar nicht hinsichtlich des Reformprozesses. Obwohl die subjektive Einschätzung der privaten Haushaltslage in Tschechien in den letzten Jahren vergleichsweise gut ausfällt - etwa 30% der Befragten können Rücklagen bilden, und nicht einmal jeder Fünfte klagt über unzureichende finanzielle Mittel (im Vergleich zu fast 60% in Polen)¹⁵ -, werden die Reformmaßnahmen immer schlechter bewertet. Bereits 1997 bekundeten 78% der Tschechen ihre Unzufrie-

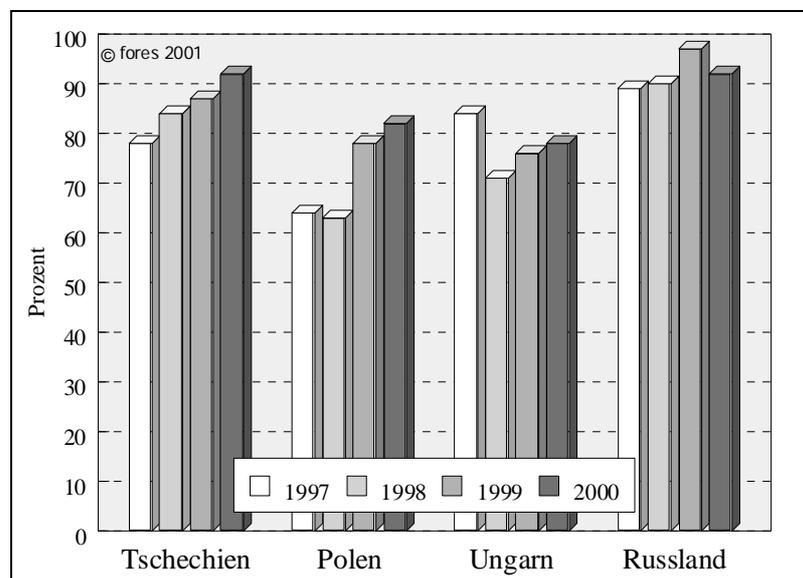
¹⁴ Vgl. Kommission 2001, S. 18.

¹⁵ Vgl. FRANZEN/HAARLAND/NIESSEN 2000, S. 93ff.

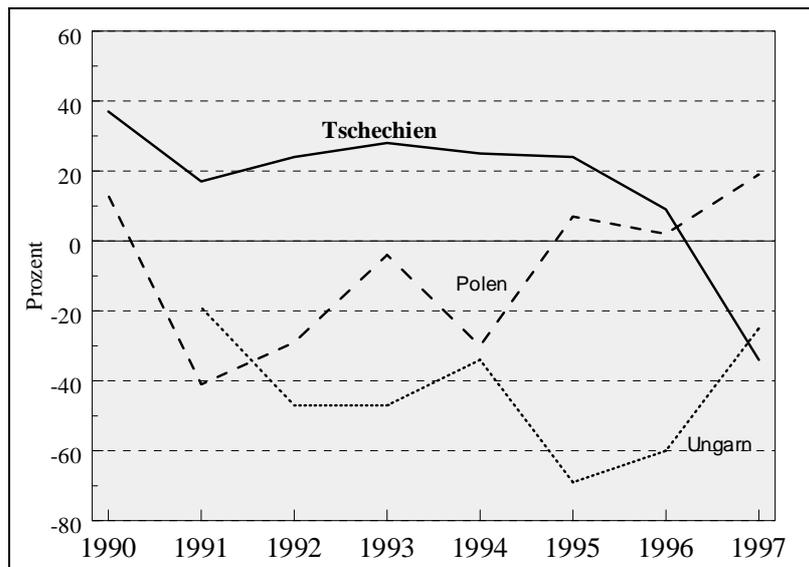
denheit mit dem Reformprozess; im Jahr 2000 ist dieser Anteil sogar auf 92% angestiegen (vgl. Abb. 10). Im Ländervergleich nimmt Tschechien damit eine Spitzenposition unter den Visegrádstaaten ein, die in vergleichbarem Maße nur in Russland oder in der Ukraine wiederzufinden ist.

Dass die Unzufriedenheit der Tschechen - auch im Vergleich mit den benachbarten Reformstaaten - mit der Entwicklung ihres Landes über die Jahre deutlich zugenommen hat, wird auch aus den Ergebnissen des *Central and Eastern Eurobarometer* ersichtlich: bis zur Mitte der 90er Jahre war die Zahl der Zufriedenen noch deutlich größer als die der Unzufriedenen, doch in den folgenden Jahren lässt sich ein merkliches Absinken der Zufriedenheitskurve erkennen (vgl. Abb. 11).

Abb. 10: Unzufriedenheit mit dem Reformprozess



Während die Bevölkerung die politische Stabilität des Landes als eher unabhängig von der EU-Mitgliedschaft bewertet, sind nicht wenige der Meinung, die nationale Eigenständigkeit könne infolge des Beitritts beeinträchtigt werden (vgl. Abb. 12). 38%, und damit geringfügig mehr Befragte als 1998, rechnen mit negativen Auswirkungen auf die Souveränität; gleich hoch ist indes der Anteil derer, die keine Beeinträchtigung erwarten, und nur jeder Zehnte denkt, die Mitgliedschaft werde sich positiv auf die nationale Eigenständigkeit auswirken.

Abb. 11: Zufriedenheit mit der Entwicklung des Landes¹⁶

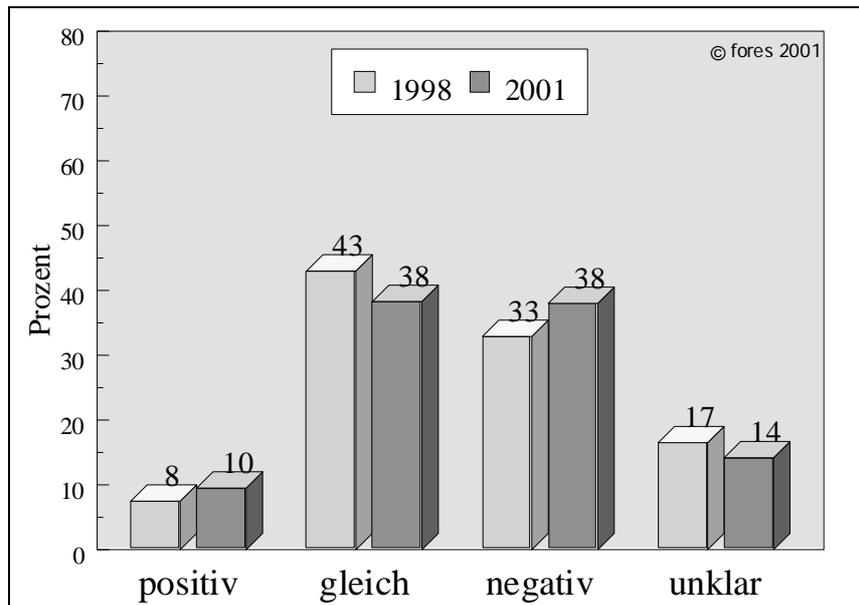
Dieses Ergebnis überrascht nicht; schon vor drei Jahren äußerte jeder Dritte die Befürchtung, eine Integration in das europäische Bündnis könne die Souveränität einschränken. 1998 sorgten sich etwa doppelt so viele Tschechen um den Verlust der nationalen Eigenständigkeit wie Polen oder Ungarn. Diese Einschätzung zieht sich gleichermaßen durch alle gesellschaftlichen Gruppen; Unterschiede nach Alter oder Bildung fallen in der tschechischen Bevölkerung eher gering aus. Dennoch zeigen die Ergebnisse, dass die meisten Befragten, nämlich fast jeder Zweite, keine oder sogar positive Auswirkungen erwarten.

Für die reservierte Haltung der Tschechen gegenüber Brüssel gibt es viele Ursachen. So zeigen etwa frühere Analysen, dass in der tschechischen Bevölkerung die Furcht vor einer Überfremdung - etwa durch ausländische Investitionen - bereits in der Anfangsphase des Reformprozesses weiter verbreitet war als in den Nachbarländern.¹⁷ Diese Sorge wurde nicht zuletzt durch die Euroskeptiker unter den tschechischen Politikern weiter genährt. Auch das spezifische nationale Selbstverständnis, das Tschechien als ausgesprochen europäisches Land begreift, vielleicht sogar ‚europäischer‘ als die Nachbarländer, findet in diesem Zusammenhang häufig Erwähnung.

¹⁶ Nach Ergebnissen des CEEB Nr. 8; dargestellt sind Prozentsatzdifferenzen (Zufriedenheit minus Unzufriedenheit). Vgl. auch Hans Peter HAARLAND, Hans-Joachim NIESSEN: *Transformationsbarometer Osteuropa 1999*. Frankfurt/New York 1999, S. 172.

¹⁷ Vgl. etwa die Ergebnisse einer empirischen Studie von 1994, in: Hans Peter HAARLAND, Hans-Joachim NIESSEN: *Der Transformationsprozeß in der Tschechischen und Slowakischen Republik*. Bonn 1995, S. 69ff.

Abb. 12: Erwartete Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die nationale Eigenständigkeit



Schließlich darf man nicht vergessen, dass auch in den langjährigen Mitgliedsstaaten die Institutionen der EU oft kritisch bewertet und nationale Kompetenzen nur ungern abgegeben werden. Im Durchschnitt äußern 42% der Bevölkerung der EU-Staaten eine positive Meinung zur Europäischen Union; Deutschland liegt mit 35% etwas niedriger und Tschechien mit 46% sogar leicht über dem EU-Mittelwert.¹⁸

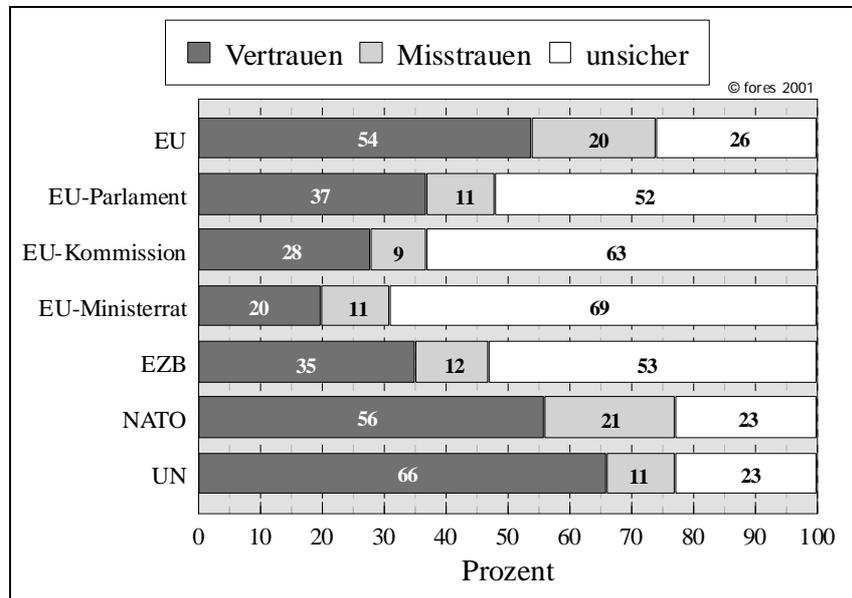
54% der Tschechen bekunden Vertrauen in die Europäische Union (vgl. Abb. 13); innerhalb der Beitrittsländer nehmen sie damit direkt hinter Polen (55%) eine mittlere Position ein, liegen aber deutlich hinter den Ungarn, die zu 72% Vertrauen äußern. Allerdings ist der Anteil in Tschechien deutlich höher als in den Mitgliedsstaaten selbst, wo er durchschnittlich nur 41% erreicht. Die EU genießt bei den Tschechen ein ähnlich hohes Vertrauen wie die NATO; unter den internationalen Organisationen schneiden lediglich die Vereinten Nationen besser ab.

Während die Tschechen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank relativ viel Vertrauen entgegenbringen, werden die Kommission und der Ministerrat deutlich zurückhaltender bewertet als in Polen oder Ungarn. Jedoch ist nicht die Zahl der Skeptiker in Tschechien höher als in den Nachbarstaaten, sondern die der Unentschlossenen: zwischen 52 und 69% der Bevölkerung sehen sich nicht zu einer klaren Stellungnahme in der Lage. Während diese Span-

¹⁸ Ergebnisse für Tschechien, Polen und Ungarn laut ACEB 2001; für die EU-Staaten laut Europäische Kommission: *Eurobarometer* Nr. 55, Brüssel 2001.

ne in Polen von 48-61% reicht, ist sie in Ungarn mit 35-52% deutlich niedriger angesiedelt.

Abb. 13: Vertrauen und Misstrauen in internationale Institutionen¹⁹



Lediglich 68% der Tschechen haben schon einmal vom Europäischen Parlament, 51% von der Europäischen Kommission und 41% vom Ministerrat gehört; der Bekanntheitsgrad der Kommission ist unter den Beitrittskandidaten nur in Bulgarien noch geringer. Dass die Kommission in Polen mit 66% deutlich bekannter ist, wird auch durch die langwierigen Verhandlungen begünstigt, die z.T. ein breites öffentliches Interesse erregen. Trotzdem ist in Tschechien der Anteil jener, die sich schlecht über die EU-Erweiterung informiert fühlen, mit 60% sogar etwas geringer als in Polen (63%) oder Ungarn (67%).

Im Vergleich zur Bevölkerung der Mitgliedsstaaten stehen die Tschechen der EU insgesamt positiver, im Vergleich zu den übrigen Beitrittskandidaten indes eher verhalten gegenüber. Neben den aufgezeigten Hintergründen spielen im Ländervergleich aber auch Faktoren wie die unterschiedlichen Anspruchsniveaus eine Rolle. So sind die deutlich höhere Beitrittsunterstützung oder das enorme Institutionenvertrauen in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien auch in Zusammenhang mit den erwarteten Unterstützungsmaßnahmen zu bewerten. Insgesamt fällt das Urteil der tschechischen Bevölkerung aber auch hinsichtlich der politischen Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft eher positiv aus.

¹⁹ Nach Ergebnissen des ACEB 2001 und eigenen Berechnungen; „unsicher“ = „Weiß nicht“ + „Keine Angabe“.

5. Schlussbemerkungen

Die Ergebnisse des TBO zeigen, dass sich die tschechische Bevölkerung von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union summa summarum mehr Vor- als Nachteile verspricht. Hinsichtlich des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands, des Arbeitsmarktes, der politischen Stabilität und der eigenen Finanzlage überwiegt die Ansicht, dass sich die Veränderungen infolge des Beitritts in Grenzen halten. Die Minderheit, die nennenswerte Auswirkungen erwartet, rechnet eher mit positiven als negativen Impulsen. Dem volkswirtschaftlich bedeutsamen Industriesektor werden eindeutig gute Wettbewerbs- und Absatzchancen auf dem gemeinsamen Markt zugeschrieben. Lediglich im Bereich der nationalen Eigenständigkeit befürchtet eine nicht unbedeutende Minderheit Einbußen durch die EU-Integration.

Im Vergleich zu 1998 hat sich das Meinungsbild in Tschechien merklich verändert. Die Exportchancen von Industrie und Landwirtschaft sowie die Entwicklung des Arbeitsmarktes werden hinsichtlich des Beitritts heute deutlich besser bewertet. Geringfügig verschlechtert hat sich allenfalls die Einschätzung der Souveränität. Die übrigen Indikatoren werden im Wesentlichen ähnlich beurteilt wie vor drei Jahren. Diese eindeutige Klimaverbesserung bezüglich der EU-Mitgliedschaft führt nahezu zwangsläufig zu einer stärkeren Unterstützung der Beitrittsbemühungen im Vergleich zu den Vorjahren.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Einstellung der Tschechen zur EU in den kommenden Jahren entwickelt. Der Reformprozess des ehemaligen ‚Musterkna-ben‘ unter den Transformationsländern geriet nach Erfolg versprechendem Auftakt schnell ins Stocken und das Land fiel - etwa im Vergleich zu Ungarn - deutlich zurück. Die halbherzigen und verzögerten Reformmaßnahmen führten Tschechien nicht nur in die Rezession, sondern verspielten auch leichtfertig das Vertrauen, das die Bevölkerung in die Politiker gesetzt hatte²⁰. Der Anteil derer, die sich mit dem Reformprozess unzufrieden zeigten, stieg zwischen 1997 und 2000 von 78 auf 92%.²¹

Die Kritik an der politischen Landschaft Tschechiens wurde verstärkt durch zahllose Korruptionsskandale bis hin zur Aushebelung der parlamentarischen Kontrolle mittels des umstrittenen ‚Oppositionsvertrages‘ zwischen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der konservativen ODS; die politische Pattsituation verhinderte vollends eine entschlossene Inangriffnahme der dringend notwendigen Reformen. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU erzwangen schließlich eine Rückbesinnung auf die eigentlichen Aufgaben der Systemtransformation. Die deutlich positivere Bewertung der EU von Seiten der jungen Gene-

²⁰ Vgl. FRANZEN 2000.

²¹ Vgl. FRANZEN/HAARLAND/NIESSEN 2000, S. 181.

ration mag durchaus mit einer enttäuschten Abwendung von heimischen Politikern in Zusammenhang stehen. Die kommenden Parlamentswahlen werden zeigen, ob Politiker wie Vaclav Klaus noch genügend Vertrauen genießen, um größere Teile der Bevölkerung mit seiner euroskeptischen Haltung zu überzeugen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die eingangs erwähnten Streitfragen in den Beitrittsverhandlungen oder Berichte über den sprunghaften Anstieg von Landerwerb durch EU-Bürger in der tschechischen Bevölkerung kurzfristig für Verstimmung sorgen werden.

Die wirtschaftliche Erholung des Landes seit 2000 wurde vorrangig von der Auslandsnachfrage getragen, die auf eine gute Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern Tschechiens in der EU zurückzuführen war. Die europäische Konjunkturabschwächung könnte aktuellen Prognosen zufolge durch die Binnenkonjunktur aufgefangen werden, so dass die tschechische Wirtschaft weiter wachsen könnte. Der Fortschrittsbericht der EU-Kommission hat aufgezeigt, welche Versäumnisse noch aufzuholen sind; die erforderlichen Reformen würden auch der Wirtschaft zugute kommen. Insofern spricht vieles dafür, dass sich die positive Haltung der Tschechen zur EU-Mitgliedschaft in den kommenden Jahren eher festigen wird.